Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

167 (20.7.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dutz, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 167 | Mittwoch den 20. Juli 1932 | 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Vom Reichswahlausschuß sind 21 Reichswahlvorschläge für gültig erklärt und zugelassen worden.

*

In Berlin begann der Prozeß gegen die Attentäter auf Reichsbankpräsident Dr. Luther.

*

Zur Regierungsbildung in Preußen wird ein Brief des Landtagspräsidenten Kerrl an den Reichskanzler veröffentlicht.

*

Unter Vorsitz des Reichsernährungsministers Freiherr v. Braun begann in München die Konferenz der deutschen Landwirtschaftsminister.

*

Der deutsche Geschäftsträger Graf Bernstorff hat im Auftrage der deutschen Regierung im Foreign Office eingehendere Informationen über das englisch-französische Vertrauensabkommen eingeholt.

*

Reichskanzler a. D. Dr. Brüning sprach in einer Zentrumskundgebung am Dienstag abend in Stuttgart über die derzeitige politische Lage. Auf seinem Wahlpropagandaflug durch Deutschland sprach Hitler in Schneidemühl und Cottbus. Ferner sprachen der Deutschnationale Dr. Quaatz in Duisburg und Dr. Hugenberg in Köln.

Papen hat verhandelt

Die Zentrumspresse veröffentlicht einen Bericht über eine Besprechung, zu der **Reichskanzler v. Papen** am Mittwoch den 8. Juni, Vertreter der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages geladen hatte. Es handelte sich um die Frage der **Regierungsbildung in Preußen.** Für das Zentrum erschienen Minister Hirtsiefer, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Steeger und der Geschäftsführer Dr. Graß. Dabei legte Herr von Papen dar, daß er über die künftige preußische Regierung mit Beauftragten Hitlers verhandelt habe und dabei auch zu einem gewissen Ergebnis gekommen sei. Als vorsichtiger Mann habe er sich die **Bedingungen schriftlich geben lassen, unter denen die Nationalsozialisten bereit seien, mit dem Zentrum und den Deutschnationalen über eine Regierungsbildung zu verhandeln.** Die Bedingungen lauten:

1. Den Nationalsozialisten sind neben anderen Ministerien das Ministerpräsidium und das Innenministerium zuzuerkennen.
2. Die Zentrumspartei hat ihre sinnlose Opposition gegen das Kabinett von Papen einzustellen.

Um die Regierungsbildung in Preußen

Brief des Landtagspräsidenten an den Reichskanzler

Berlin, 19. Juli. Landtagspräsident Kerrl hat einen Brief an den Reichskanzler von Papen gerichtet. Er teilt darin zunächst mit, daß seine Bemühungen um die Bildung einer verfassungsmäßigen **Regierung in Preußen** erfolglos geblieben seien. Für dieses Ergebnis macht er die vom verflossenen Landtag in letzter Stunde vorgenommene Geschäftsordnungsänderung verantwortlich. Die nationalsozialistische Fraktion sei durchaus bereit gewesen, die Verantwortung für die Regierungsbildung zu übernehmen und einen Kandidaten für den Ministerpräsidenten zu stellen. Sie verlange aber mit Rücksicht auf die diesem zufallende ungeheure Verantwortung, daß der Ministerpräsident vor seiner Wahl keinerlei Bedingungen zu übernehmen brauche, sondern völlige Freiheit in der Bildung des Kabinetts und der Festlegung des Regierungsprogramms behielte. Die **Zentrumsfraktion** habe diese Forderungen abgelehnt. Die nationalsozialistische Fraktion habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie von ihren Forderungen auch nach dem 31. Juli nicht abgehen werde. Ihr Fraktionsvorstand habe Auftrag gegeben, zur **Klageerhebung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Geschäftsordnungsänderung** vor dem Staatsgerichtshof. Obwohl, so heißt es in dem Schreiben weiter, bei dieser Lage zur Behebung der Krise eine nochmalige Befragung des Volkes notwendig sei, habe er doch den Dreierausschuß zur Beschlußfassung nicht berufen, weil von ihm eine Zustimmung zur Landtagsauflösung nicht zu erwarten sei.

Durch das infolge der Geschäftsordnungsänderung herbeigeführte Scheitern der Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung sei nunmehr der nach der Verfassung nur als Notbehelf angesehene Zustand einer geschäftsführenden, sich nicht des Vertrauens des Volkes erfreuenden Regierung zu **einem Zustand von unabsehbarer Dauer erhoben** und Landtag und Mehrheit des Volkes könnten ihren Einfluß auf die Führung der Regierungsgeschäfte nicht mehr in der verfassungsmäßig gewohnten Weise ausüben. Die geschäftsführende Regierung könne sich über jeden Beschluß des Landtages hinwegsetzen. **Damit sei für Preußen ein Notstand hereingebrochen, der bei der bestehenden Lage durch den Landtag nicht geändert werden könne.** Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes könne man nicht abwarten. **Der Landtagspräsident stellt vielmehr der Reichsregierung zur Erwägung, ob nicht durch den Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 eine Verordnung erlassen werden könne, durch die „dieser unwürdige, dem Willen der Mehrheit des preußischen Volkes nicht entsprechende Zustand abgeändert werde".** Zum Schluß regt Kerrl bei der Reichsregierung an, ob nicht bis zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Preußen die **Polizeigewalt besser vom Reiche** übernommen werde.

v. Papen Reichskommissar in Preußen, Bracht kommissarischer preußischer Innenminister. Severing weicht nur der Gewalt. Militärischer Ausnahmezustand über Berlin und Brandenburg

T.U. Berlin, 20. Juli. Reichskanzler von Papen empfing heute vormittag 10 Uhr die preußischen Minister Hirtsiefer und Severing. Im Verlauf der Unterredung teilte der Reichskanzler mit, daß sich die Reichsregierung entschlossen habe den Reichskanzler von Papen, zum Reichskommissar und den bisherigen Oberbürgermeister von Essen, Bracht, zum kommissarischen preußischen Innenminister und Leiter der Staatskanzlei einzusetzen und zwar auf Grund des Artikels 48, Absatz 2 der Reichsverfassung.

T.U. Berlin, 20. Juli. Der preußische Innenminister Severing hat erklärt, er weiche nur der Gewalt. Der Reichspräsident hat darauf eine 2. Verordnung erlassen, wonach über Berlin und Brandenburg der militärische Ausnahmezustand erklärt wird. Die vollziehende Gewalt ist daher für Berlin und Brandenburg auf den Befehlshaber des Wehrkreises III übergegangen.

Hugenberg fordert den Reichskommissar für Preußen

Siegen, 19. Juli. In einer öffentlichen Kundgebung der Deutschnationalen Volkspartei Siegens hat Dr. Hugenberg u. a. ausgeführt: Die Regierung Papen berät zur Stunde die Maßnahmen, die sie zur Unterdrückung der bedrohlich anwachsenden Unruhen ergreifen will. In dieser Stunde möchte ich sagen: Alles hängt davon ab, daß die Regierung sich Autorität verschafft. Sie darf nicht weiter zögern. **Sie muß das Uebel an der Wurzel fassen. Das Uebel heißt Preußen.** In keinem anderen Lande sind Unruhen nennenswerter Art vorgekommen. Nur in Preußen folgt ein Ueberfall, ein Mord dem andern. Der Grund dafür ist ausschließlich darin zu suchen, daß die schwarz-rote Koalition in Preußen die Polizei nicht wirklich gegen die Unruhestifter von links einsetzt. Wir müssen in dieser Stunde von der Reichsregierung erwarten, daß sie dem marxistischen Spuk in Preußen sofort ein Ende macht, indem sie einen tatkräftigen und die Verhältnisse in Preußen beherrschenden **Reichskommissar einsetzt,** der mit den nötigen Vollmachten ausgestattet ist. Wir Deutschnationalen tragen für die Regierung Papen keine Verantwortung, aber wir waren und sind bereit, sie in allem zu unterstützen, was sie zur Ueberwindung der bisherigen unmöglichen Zustände tut. Versagt sie jetzt, so lädt sie schwerste Verantwortung auf sich. Wir können einer Regierung, die den Augenblick des Handelns verpaßt, keine Gefolgschaft leisten.

21 Reichswahlvorschläge amtlich zugelassen.

Berlin, 19. Juli. Der Reichswahlausschuß trat unter dem Vorsitz des Reichswahlleiters, Professor Dr. Wagemann, zur Prüfung und Zulassung der eingereichten Reichswahlvorschläge zusammen. Es wurden, wie amtlich mitgeteilt wird, folgende 21 **Reichswahlvorschläge für gültig erklärt** und zugelassen:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
2. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung),
3. Kommunistische Partei Deutschlands,
4. Deutsche Zentrumspartei,
5. Deutschnationale Volkspartei,
8. Deutsche Staatspartei,
9. Bayerische Volkspartei,
11. Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung),
12. Deutsche Bauernpartei,
14. Landbund,
15. Deutsch-Hannoversche Partei,
18. Höchstgehalt der Beamten 5000 RM., für die Arbeits- und bis jetzt abgewiesenen Kriegsbeschädigten,
19. Deutsche Einheitspartei für wahre Volkswirtschaft, Unterstützungsempfängerpartei Deutschlands,
20. Deutsche sozialistische Kampfbewegung,
21. Nationale Minderheiten in Deutschland,
22. Nationale Liste, Großdeutsche Freiheitsbewegung gegen Faschis- und Unsozialismus,
23. Schicksalsgemeinschaft deutscher Erwerbslosen (Erwerbslosenfront),
24. Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern,
25. Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands (Partei für krisenfreie Volkswirtschaft),
26. Gerechtigkeitsbewegung für Parteienverbot gegen Lohn-, Gehalts- und Rentenkürzungen, für Arbeitsbeschaffung,
27. Deutsche Volksgemeinschaft.

Diese Reichswahlvorschläge sind für gültig erklärt und zugelassen unter der Voraussetzung, daß an diese Reichswahlvorschläge angeschlossene Kreiswahlvorschläge eingereicht und zugelassen worden sind, andernfalls die zugelassenen Reichswahllisten nachträglich wieder gestrichen werden. Die Nummmern 6, 7, 10, 13, 16, und 17 fallen bei den Reichswahlvorschlägen aus, weil der Reichsinnenminister diese Nummern vorbehalten hatte für die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, das Landvolk, die Volksnationale Reichsvereinigung und die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, die zwar zuletzt im Reichstag noch vertreten waren, aber keine Reichswahlvorschläge eingereicht haben.

Eine Erklärung der Reichsregierung zum Demonstrationsverbot

T.U. Berlin, 20. Juli. Die Reichsregierung hat, wie die Blätter berichten, durch den Nachrichtendienst der „Dradag" eine Erklärung zum Demonstrationsverbot verbreiten lassen. Nach einem Hinweis auf den Brief des Reichspräsidenten an den Reichsinnenminister, in dem der Reichspräsident zum Ausdruck gebracht hatte, daß er entschlossen sei, mit allen ihm verfassungsmäßig zustehenden Mitteln gegen Ausschreitungen jeder Art vorzugehen, heißt es in der Erklärung: „Die Polizeigewalt hat offensichtlich nicht überall ausgereicht, solche Zusammenstöße und Ueberfälle zu verhindern. Der Reichsminister des Innern hat bei dieser Sachlage von der ihm durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Juli 1932 erteilten Befugnis, Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge wieder zu verbieten Gebrauch gemacht. Nachdem am Montag vor acht Tagen in Ohlau und am letzten Sonntag in Altona sich die bekannten blutigen Vorfälle ereignet hatten, mußte der Reichsminister des Innern in Uebereinstimmung mit dem Kabinett es als seine Pflicht ansehen, zunächst diese Maßnahmen zu treffen. Es ist aber verständlich und von der Reichsregierung auch bereits angekündigt worden, daß das Demonstrationsverbot nur ein erster Schritt ist. Die Länderregierungen sind ersucht worden, die aus dem Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen sich ergebende Entlastung der Polizei dazu auszunützen, um die Schlupfwinkel und Waffenlager der Kommunisten, deren Vorhandensein durch die Altonaer Vorgänge erwiesen ist, nachdrücklichst auszuheben und damit die Grundlage für eine künftige ruhigere Gestaltung öffentlicher Veranstaltungen zu schaffen. Die Reichsregierung wird dem Herrn Reichspräsidenten nötigenfalls weitere Maßnahmen gegen diejenigen vorschlagen, die künftig den politischen Kampf mit der Waffe in der Hand oder gar unter verbrecherischer Verwendung von Sprengstoff führen sollten. Das deutsche Volk kann darauf vertrauen, daß die Reichsregierung künftig durchgreifen wird.

Reichswahlvorschläge der NSDAP.

München, 19. Juli. An erster Stelle des Reichswahlvorschlages der NSDAP. (Hitlerbewegung) stehen laut NSK.: Regierungsrat Dr. Wilhelm Frick-München, Apotheker Gregor Strasser-München, Schriftsteller Dr. Josef Goebbels-Berlin, Generalleutnant a. D. Ritter von Epp-München, Hauptmann a. D. Hermann Goering-Berlin, Diplomingenieur Gottfried Feder-Murnau, Handlungsgehilfe Franz Stoehr-Berlin-Steglitz, Hauptschriftleiter Alfred Rosenberg-München, Schriftsteller Graf Ernst zu Reventlow-Potsdam, Oberst a. D. Konstantin Hierl-München, Major a. D. Walter Buch-Solln, Staatsminister Dietrich Klagges-Braunschweig, Pfarrer a. D. Ludwig Münchmeyer-Düsseldorf.

Der Reichspräsident über die Ausschreitungen

Berlin, 19. Juli. In einem Schreiben an den Reichspräsidenten hat der frühere mecklenburgische Minister Möller auf Aeußerungen Hitlers in Weimar verwiesen, die besagten, daß hinter der „bürgerlichen Parole der Ruhe und Ordnung die Feigheit, Halbheit und Schwäche" sich verberge. Dazu erklärte Möller, es sei unerträglich, wenn man den Wunsch nach innerer Ruhe und staatlicher Ordnung für „feig" erkläre. Der Reichspräsident hat der „Vossischen Zeitung" zufolge auf dieses Schreiben erwidert, er würdige die vaterländischen Beweggründe, die Möller zu seinen Darlegungen veranlaßt haben. Im einzelnen lägen die Dinge vielfach anders, als sie in den Zeitungen geschildert würden. Er werde aber, so schließt die Erklärung Hindenburgs, „die weitere Entwicklung auch fernerhin sorgfältig prüfen und, wenn tatsächlich diese politischen Zusammenstöße einen weiteren Umfang annehmen und zur Gewohnheit werden, nicht zögern, mit geeignet erscheinenden Maßnahmen einzugreifen".

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Reichsregierung wünscht Aufklärung von der preußischen Regierung

T.U. **Berlin**, 19. Juni. Der Empfang der beiden preußischen Minister Hirtsiefer und Severing durch den Reichskanzler ist für den Mittwoch nachmittag vorgesehen. Wie verlautet, wird die Reichsregierung bei diesem Empfang von der preuß. Regierung darüber Aufklärung erbitten, was in Preußen zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung unternommen wird. Falls Hirtsiefer und Severing nicht in der Lage sein sollten, eine den Kanzler befriedigende Erklärung abzugeben, so ist damit zu rechnen, daß die Reichsregierung sofort von sich aus entscheidende Maßnahmen beschließen wird. Die preußischen Minister dürften deshalb allein gebeten worden sein, weil nach Auffassung der Reichsregierung die politischen Unruhen fast nur in Preußen vorgekommen sind und es sich erwiesen hat, daß die preußische Polizei in vielen Fällen nicht Herr der Lage war.

Das Abrüstungstheater in Genf

Genf, 19. Juli. Die Beratungen über die Entschließung, mit der die Abrüstungskonferenz vorläufig abgeschlossen werden soll, wurden fortgesetzt. Es fanden Einzelbesprechungen zwischen den amerikanischen, englischen und französischen Delegationsführern statt. Die Seerüstungsfragen spielten in den Besprechungen keine besondere Rolle mehr. Im Herbst sollen die fünf Hauptmächte (Amerika, Japan, England, Frankreich, Italien) in London die Beratungen über den Hooverplan aufnehmen. Die Annahme, daß zwischen der amerikanischen und der französischen Delegation eine Annäherung in der Frage der bewaffneten Streitkräfte (effektive) sich angebahnt habe, scheint sich nicht zu bestätigen.

In den privaten Besprechungen ist man auch heute bemüht, die Lücken des Benesch'schen Resolutionsentwurfes hinsichtlich der schwere Artillerie, der Tanks und des Bombenabwurfes zu schließen.

*

Nadolny bei Herriot — Am Mittwoch deutsche Erklärung in Genf?

T.U. **Genf**, 19. Juli. Nadolny stattete am Dienstag abend Herriot einen Besuch ab. Die Unterredung dauerte eine halbe Stunde.

Es steht nunmehr fest, daß die Vertagungsentschließung aufgrund der Einigung der vier Großmächte in einer öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am Mittwoch nachmittag zur Verhandlung gestellt werden wird. Die sachliche Aussprache soll am Donnerstag vormittag beginnen.

Von amerikanischer Seite wird mitgeteilt, daß in der amerikanischen Regierung besonders interessierenden Frage der Herabsetzung der effektiven Truppenbestände eine Einigung über den Grundsatz der Beschränkung der Truppenbestände erzielt worden sei. Ueber die Einzelheiten soll eine Einigung auf dem diplomatischem Wege in direkten Verhandlungen zwischen den Regierungen während der Ferien erzielt werden. Ferner sei eine Einigung über die Frage der Herabsetzung der Heeresausgaben und des Verbots des Bombenabwurfs zustandegekommen. In der Frage der schweren Artillerie lehne die amerikanische Regierung die bisherigen Vorschläge ab, da sie für den Küstenschutz auf der Beibehaltung der schweren Artillerie bestehen müsse.

Der Text des von den vier Großmächten ausgearbeiteten Entwurfs für die Vertagungsentschließung ist am Dienstag abend sämtlichen Abordnungen übermittelt worden. Es bestätigt sich, daß darin die deutsche Gleichberechtigungsfrage in der Weise ausgeschaltet wird, daß lediglich den einzelnen Abordnungen die Einreichung von Anträgen vorbehalten bleibt.

Ueber den Verlauf der Unterredung zwischen Herriot und Nadolny am Dienstag abend werden von beiden Seiten keinerlei Mitteilungen gemacht. Jedoch kann angenommen werden, daß hierbei von deutscher Seite darauf hingewiesen worden ist, daß die am Dienstag von den vier Großmächten ausgearbeitete Vertagungsentschließung ohne Berücksichtigung der deutschen Gleichberechtigungsforderung für die deutsche Abordnung nicht annehmbar sei und daß im Falle einer Ablehnung der grundsätzlichen deutschen Forderung auf Anerkennung der Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage für die deutsche Abordnung eine neue Lage entstehen würde. Man erwartet, daß in der Mittwochsitzung des Hauptausschusses von deutscher Seite eine Erklärung über den deutschen Standpunkt zu der Vertagungsentschließung abgegeben werden wird.

Schluß mit der Verhetzung

Genug Blutopfer des Wahlkampfes

Man schreibt uns: Die furchtbaren Kämpfe, die sich am Sonntag, den 17. Juli, in Altona zugetragen haben, die fast 100 Opfer, 14 Tote und über 80 Verletzte — in Greifswald gab es auch 3 Tote und zahlreiche Verletzte — erforderten, haben die Reichsregierung dazu veranlaßt, ein Demonstrationsverbot für das ganze Reich zu erlassen und außerdem neue verschärfte Bestimmungen über den Waffengebrauch einzuführen. Es ist bedauerlich, daß die Freiheit der Wahlagitation, die die Regierung Papen schaffen wollte, in einer solchen Weise mißbraucht worden ist, daß der Wahlkampf zu der Reichstagswahl 1932 eine so hohe Zahl von Todesopfern erfordert hat.

Wer die verzweifelte Stimmung der Massen und die rücksichtslose Ausnutzung dieser Lage zu parteipolitischen Zwecken kannte, wird sich allerdings über die Entwicklung, die wir gerade jetzt durchgemacht haben, nicht wundern. Von Wahl zu Wahl wurde immer skrupelloser gegeneinander gehetzt. Jedes Mittel zur Agitation schien recht. Die Berichterstattung über Zusammenstöße entbehrte schließlich bei den radikalen Parteien jeder Objektivität. In einem Blatt stand genau das Gegenteil von dem, was in anderen stand. Die einen schrien in immer mehr sich überschlagenden Tönen: „Der andere ist schuld!" Der andere schimpfte die Gegner Mordbuben, Mörderbanden. Wie konnte man bei einer so rücksichtslosen Hetze andere Zustände erwarten wie sie tatsächlich eingetreten sind?

Nunmehr soll energisch eingegriffen werden. Der Staat wird gegenüber erlaubten und nichterlaubten Parteiorganisationen seine ihm zur Verfügung stehenden Machtmittel einsetzen, wobei zu berücksichtigen ist, daß noch nicht einmal alle zur Verfügung stehenden Quellen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ausgeschöpft werden. Man wollte es unter allen Umständen vermeiden, den Wahlkampf und die Wahl selbst unter Ausnahmezustand durchzuführen, wobei außenpolitische Bedenken eine gewichtige Rolle spielten. Tatsache ist, daß in diesem Jahre viele Fremde Deutschland nicht aufgesucht haben, weil immer neue Alarmnachrichten verbreitet wurden, die den Eindruck erweckten, als könne jeden Augenblick in Deutschland ein neuer Krieg ausbrechen. In einer Zeit, da man bemüht ist, das Vertrauen in Deutschlands Wirtschaftskraft und zu Deutschland zu heben, sind solche Vorkommnisse überaus bedauerlich. So mancher in Deutschland wird sich erschreckt fragen, wohin diese Zustände noch führen sollen.

Vor allem fragt sich der friedliche Staatsbürger, woher die zahllosen Waffen kommen, die die Angehörigen der verschiedenen Parteien tragen. Es muß dringend die Forderung erhoben werden, daß der gesamte Waffenhandel in eine viel schärfere Kontrolle gebracht wird und daß, wenn es sein muß, mit den strengsten Maßnahmen dafür gesorgt wird, daß alle Schußwaffen wieder abgeliefert werden.

Die Hetze, die ein wohl noch nie erlebtes Ausmaß angenommen hat, muß jetzt endlich beendet werden. Das Demonstrationsverbot dürfte in weitesten Kreisen der Bevölkerung mit Genugtuung aufgenommen worden sein, selbst auf die Gefahr hin, daß die Wahlagitation darunter leidet; denn damit ist eine der Hauptursachen für die Zusammenstöße beseitigt. Ob es beim Demonstrationsverbot bleibt, das kann allein die Entwicklung der nächsten Tage lehren. Jeden Augenblick können Ereignisse eintreten, die gebieterisch eine Zurückziehung der Freiheiten, die die Regierung Papen bei ihrem Regierungsantritt wiedereinführte, erforderlich machen. Schluß jetzt mit der Mordhetze gegeneinander! Unsere dringlichste Aufgabe ist der Wiederaufbau der Wirtschaft und nicht die Verhetzung des Volkes!

*

Politische Zusammenstöße bei Striegau

Striegau, 19. Juli. Als Nationalsozialisten im Anschluß an einen „Deutschen Tag" in Striegau einen Propagandamarsch durch das Arbeiterdorf Groß-Rosen machten, kam es zu Zusammenstößen mit der Einwohnerschaft. **Ein Nationalsozialist wurde getötet**, drei schwer und zwei leicht verletzt. Auch unter der Dorfeinwohnerschaft gab es zahlreiche Verletzte.

Ein Stahlhelmer niedergestochen

Krefeld, 19. Juli. Nach Schluß einer Kundgebung der Eisernen Front bewegte sich ein Demonstrationszug durch die Straßen der Stadt. In der Nähe des Stahlhelmheims auf dem Westwall kam es dabei zu einem Zwischenfall. Ein dort stehender Stahlhelmmann wurde von einem Zugteilnehmer durch einen Messerstich schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus geschafft werden. Der Täter wurde von der Polizei festgenommen.

Zwischenfall bei der Beerdigung zweier erschossener Frauen

Hanau, 19. Juli. In Langenselbold wurden die beiden Frauen beerdigt, die bei den Erwerbslosenunruhen am Freitag erschossen worden waren. An der Beerdigung nahmen etwa 5000 Personen teil. Auf dem Rückweg bewarfen eine Anzahl der Teilnehmer das Haus eines Landjägers mit Steinen. Der Landjäger sah sich schließlich gezwungen, sich der Angreifer mit seinem Revolver zu erwehren. Er verletzte einen Arbeiter tödlich, drei Personen schwer und mehrere leicht. Ein Schwerverletzter ist gestorben.

Zwei weitere Todesopfer der Altonaer Zusammenstöße

Altona, 19. Juli. Von den Schwerverletzten der blutigen Zusammenstöße sind zwei Personen am Montag im Laufe des Nachmittags ihren Verletzungen erlegen. Zwei weitere Schwerverletzte schweben in Lebensgefahr.

Aus dem Wahlkampf

T.U. **Berlin**, 20. Juli. Im Laufe des Dienstag fanden allenthalben im Reich Wahlversammlungen statt. In einer volksparteilichen Wahlversammlung in Flensburg sprach der Parteivorsitzende Dingeldey. Er betonte, es gebe heute keinen Staatsmann, der den Kampf um die deutsche Freiheit mit Aussicht auf Erfolg führen könnte, wenn nicht vor ihm Dr. Stresemann gewesen wäre, der den Boden erst von den bewaffneten Franzosen befreit habe. Für die Staatspartei sprach in Emden der preußische Finanzminister Hoepker-Aschoff. Er gab der Auffassung Ausdruck, daß der Wechsel in der politischen Leitung für die Außenpolitik, wie sie sich in Lausanne gezeigt habe, katastrophale Folgen habe. In einer Zentrumskundgebung in Koblenz betonte Professor Lauscher-Bonn u. a., daß als alleinige Partei das Zentrum in Wahrheit für die Freiheit kämpfe, während rechts und links der Schrei nach der Diktatur erschalle. Der Führer der Deutschnationalen Reichstagsfraktion Dr. Oberfohren sprach in München. Er forderte mit Nachdruck, daß in Preußen endlich einmal ein Reichskommissar eingesetzt werde. Der preußische Kultusminister Grimme sprach auf einer Kundgebung der Eisernen Front in Dresden. Er führte u. a. aus: Herr von Papen komme vor der Geschichte und dem Richterstuhl der Sittlichkeit und der Religion nicht darum herum, daß sein Wort vom Wohlfahrtsstaat ein Wort der Gottfremdheit sei. In einer Wahlkundgebung der Eisernen Front in Berlin hielt Dr. Breitscheid die Hauptansprache. Er betonte, wenn die Arbeiterschaft einig wäre, dann gäbe es keinen Faschismus, keine Regierung von Papen u. keinen General Schleicher. In einer nationalsozialistischen Massenkundgebung auf der Harzburger Rennbahn sprach Minister a. D. Dr. Frick. Er hob hervor, daß sich der Nationalsozialismus in keiner Weise dem Kabinett Papen verflichtet fühle. Er lehne daher jede Verantwortung für die sozialen Ungerechtigkeiten in der letzten Notverordnung ab. Weiter stellte er fest, daß die Nationalsozialisten nicht daran dächten, den Lausanner Vertrag anzunehmen.

Hitler in Cottbus

T.U. **Cottbus**, 19. Juli. Am Dienstag stand Cottbus im Zeichen der Hitlerkundgebung, zu der sich auf der Rennbahn 35 000 Menschen eingefunden hatten. In seiner Ansprache verwies Hitler auf die kraftvolle Idee der Bewegung, die in 13 Jahren auf 14 Millionen Menschen angewachsen sei. Er machte die Gegner verantwortlich für die Entwicklung Deutschlands in den letzten 14 Jahren. Wenn der Arbeiter heute noch glaube, in einer proletarischen Partei Hilfe zu finden, dann müsse ihm entgegengehalten werden, daß die S.P.D. ja 70 Jahre lang dazu Zeit gehabt habe, ohne etwas erreicht zu haben. Die Geschichte werde es zu würdigen wissen, wenn er aus 30 Parteien eine mache. Es werde vielfach die Ansicht vertreten, der Nationalsozialismus müsse mit dem Zentrum eine Koalition eingehen. Er sei zu jeder Koalition bereit, wenn sie nationalsozialistische Politik treibe.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

Gib acht auf Orla!

ROMAN von ARNO HOHENFELD

VERTRIEBSRECHTE LITERATUR-VERLAG GLORIA BERLIN-STEGLITZ

13. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Jetzt sage mir aber, Kind, wie kommst du dazu, an Wemblin einen solchen Brief zu schreiben, wie du es getan hast. Wie, du hast ihm keinen Brief geschrieben? Bitte, ich werde ihn dir vorlesen."

Sie tat es, worauf anscheinend ein heftiger Protest erfolgte, wie Fränkel aus der Miene der Geheimrätin folgerte.

„Wenn ich dir aber sage," sprach die Geheimrätin wieder ins Telephon, „es ist deine Handschrift . . . Na, also schön, ich werde es dem Herrn Kommissar ausrichten."

Sie hing den Hörer ein.

„Meine Tochter hat niemals einen Brief an Wemblin geschrieben und folglich von der Existenz dieses Schreibens überhaupt keine Ahnung."

Fränkel machte ihr eine leichte Verbeugung, nahm das Schreiben an sich und verzog ein klein wenig das Gesicht.

„Das ist im Augenblick für mich nicht so wichtig, ob Ihre Frau Tochter die Urheberschaft bestreitet, Frau Geheimrat. Sollte der Brief jedoch zur Klärung dringend benötigt werden, komme ich darauf zurück."

„Wenn meine Tochter es sagt, dann können Sie fest darauf bauen, sie lügt nicht!"

„Ich habe zur Zeit keine Veranlassung, daran zu zweifeln."

„Und auch in Zukunft nicht!"

Fränkel behielt seine Gedanken darüber für sich.

Die Frau Geheimrat war gegangen, nun wurde Frau Nürnberger aus dem Oberstock vernommen.

Leider stellte sich heraus, daß auf die Angaben der bald siebzigjährigen Dame nicht viel zu geben war, da sie nicht gut hörte. Sie konnte nicht einmal mit Sicherheit behaupten, ob es ein Revolverschuß oder das Zuknallen einer Tür gewesen sei, was sie gegen acht Uhr abends vernommen, erst die Kunde von dem Geschehnis hatte sie zu der Ueberzeugung veranlaßt, den Schuß vernommen zu haben.

„Halten wir uns damit nicht auf," flüsterte Fränkel Scholz zu. „Es ist wichtiger für uns, diesen Lauffenberg, dem bestimmt auch der Revolver gehören wird, zu hören und . . . festzunehmen."

Viertes Kapitel.

Mit übereinandergeschlagenen Beinen, den grauhaarigen Kopf, dessen geringer Schmuck mit Sorgfalt frisiert war, leicht geneigt, saß Regierungsrat Bressel — aufmerksamer Zuhörer des Berichts, den Fränkel ihm erstattete — in seinem Schreibsessel.

Jeder Muskel seines länglichen, scharf gezeichneten Gesichts war angespannt, während die Finger seiner Linken sich spielerisch mit den Gliedern der goldenen Uhrkette beschäftigten. Von Zeit zu Zeit ging sein Blick zu Fränkel, der, während seiner Ausführungen bekräftigend auf ein aufgeschlagenes Aktenstück verweisend, mit seiner etwas harten Stimme kurz und bestimmt den Tatbestand und seine Schlußfolgerungen vortrug.

Fränkel war mit seinen Ausführungen zu Ende.

„Ich danke Ihnen, Fränkel, Sie haben sehr gut gearbeitet. Ich teile Ihre Ansichten über den Fall und bin mit Ihren Maßnahmen durchaus einverstanden. Wenn der verhaftete Lauffenberg sich auch bis jetzt geweigert hat, die Tat einzugestehen, so hoffe ich doch, daß es Ihnen noch gelingt, ihn zu einem Geständnis zu bewegen."

„Ich zweifle nicht, daß es mir bei dem großen Verhör, das ich mit ihm gleich vornehmen werde, nachdem ich über alles eingehend Nachforschungen angestellt habe, gelingen wird."

„Nach Ihrer Darstellung kann niemand anderes der Täter gewesen sein. Daß Lauffenberg leugnet, ist schließlich nur zu verständlich und letzten Endes ist es ja unsere Aufgabe, zu beweisen."

„Meine Anschuldigung ist so gut begründet, daß er eigentlich gar nicht erst den Versuch hätte machen sollen, mich irreführen zu wollen. Alle Umstände sprechen gegen ihn und nicht der geringste Hinweis auf fremde Täterschaft liegt vor."

„Na also, dann . . ."

Die Unterredung war abgeschlossen, Fränkel nahm das Aktenstück mit den Protokollen und sonstigen Aufzeichnungen und Photographien über den Fall Wemblin an sich und wollte das Zimmer verlassen, als jemand klopfte.

Auf das Herein des Regierungsrates überschritt Kriminalkommissar Wolter die Schwelle. Niemand hätte von seinem Aeußeren auf seinen Beruf zu schließen vermocht. Sein dunkler Anzug, aus der Werkstatt eines Schneiders, der sein Fach versteht, saß hervorragend und gab der schlanken, sehnigen Gestalt vornehme Eleganz, die trefflich zu seinem durchgeistigten Gesicht, auf dem immer ein besinnlicher Zug lag, als grüble er unausgesetzt über Probleme. Das war es wohl auch, weshalb man ihn immer und überall für einen Angehörigen der intellektuellen Kreise hielt, wozu die Hornbrille, die er stets trug und von der die Mär ging, die Gläser seien aus Fensterglas, das ihrige dazu tat.

„Hallo, wer kommt denn da!" rief der Regierungsrat sichtlich erfreut aus über die Wiederbegegnung mit einem seiner besten und geschätztesten Mitarbeiter. Ostentativ erhob er sich und streckte Wolter die Hand hin.

„Guten Tag, Herr Regierungsrat! Ja, da bin ich wieder! — Tag Fränkel! Ich hatte schon heute morgen hier sein wollen, aber leider klappte es nicht so recht mit dem Anschluß."

„Macht nichts, wenn es nur sonst geklappt hat, lieber Wolter. Ich hoffe, man darf Ihnen zu einem neuen Erfolg gratulieren."

„Ich muß Sie enttäuschen, Herr Regierungsrat. Leider ist es nicht nach Wunsch gegangen."

Davongejagt war Bressels gute Stimmung, seine Miene drückte das deutlich aus. Er hatte Wolter so außerordentlich warm empfohlen, den Erfolg geradezu garantiert und nun . . .

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg